"WIR HABEN NICHT DIE ABSICHT, IM IRAN EINZUGREIFEN"

In Syrien lässt Staatschef Assad seine Bürger abschlachten, Afghanistan ist so unsicher wie eh und je, und vor Somalia treiben Piraten ihr Unwesen. Und was macht die Nato?

FIN GESPRÄCH MIT ANDERS FOGH RASMUSSEN



err Rasmussen, welche weltweiten Bedrohungen beunruhigen Sie zurzeit am meisten?

Erstens: der internationale Terrorismus. Zweitens: Raketen. Und drittens: die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen in der Welt.

Haben Sie ein Land besonders im Sinn? Kein bestimmtes, denn die traurige Tatsache ist, dass über 30 Länder darauf aus sind, sich Raketentechnologien anzueignen oder bereits über solche verfügen. Manche dieser Raketen können schon

Die Operationen der Nato finden heute au-

Berhalb ihrer Grenzen statt. Ob und warum

das Territorium der Nato treffen.

das Bündnis in solchen Fällen eingreifen soll, darüber ist man innerhalb der Nato uneins. Worin ist man sich einig? Wir haben durchaus einen Konsens gefunden. Beim letzten Nato-Gipfel in Lissabon haben wir ein neues strategisches Konzept formuliert, das ganz klar die Kernaufgaben der Nato definiert. Die kollektive Verteidigung ist eine davon. Im Einklang mit Artikel 5 unseres Vertrags verstehen wir jeden Angriff auf einen Nato-Staat als Angriff auf uns alle. Damit bleibt die Verteidigung unseres Gebiets die wichtigste Aufgabe. Gleichwohl beginnt in der Welt von heute die Verteidigung unseres Territoriums sehr oft jenseits unserer Grenzen. Darum sind

solche Out-of-Area-Einsätze manchmal

notwendig, um unsere Bevölkerungen zu schützen. Ein Beispiel ist Afghanistan. Wir sind dort, um unsere Länder vor terroristischen Angriffen zu schützen vor dem Terrorismus, der in Afghanistan seine Wurzeln hat. Als weiteres Beispiel könnte ich Cyberangriffe nennen, die zwar weniger gewaltsam sind, aber genauso zerstörerisch für eine Gesellschaft sein können. Wer sein Land wirksam schützen will, muss damit auch im Cyberspace beginnen. Diese Art der Verteidigung ist ein gutes Beispiel dafür, wie sehr sich das Konzept der territorialen Verteidigung seit der Gründung der Nato im Jahre 1949 weiterentwickelt hat.

Nehmen wir den Kosovo 1999 oder auch Libyen 2011 – in beiden Fällen waren Massentötungen der Bevölkerungen zu befürchten, bevor die Nato eingriff. Als Grund für beide Einsätze führte das Bündnis humanitäre Ziele an.

Ziel dieser Einsätze waren in erster Linie immer noch die Sicherheit unserer Bevölkerungen und die Stabilität der nordatlantischen Region. Wenn wir über den Balkan der neunziger Jahre sprechen, so ging es um die Instabilität dort, die sich schnell auf den Rest Europas hätte ausbreiten können. Damit meine ich auch Migrationsdruck. In Libyen hatten wir die gleiche Situation: Das Land liegt fast an der Schwelle zu Europa, und eine Instabilität Nordafrikas könnte die gesamte Situation in Europa beeinflussen. Jedoch gebe

ich Ihnen recht, dass es im Kosovo ebenso wie in Libyen Aspekte gab, die jenseits der Sicherheitsfrage eine Rolle gespielt haben. Im Falle von Libyen war es ein historisches Ereignis, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Resolution über die "responsibility to protect" angenommen hat, also die Schutzverantwortung. (Das Prinzip der Schutzverantwortung besagt, dass alle Staaten die Verantwortung haben, ihre Bevölkerungen vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen, und dabei von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden, Anmerkung der Redaktion.) Alle Nato-Staaten waren verpflichtet, diese Resolution umzusetzen, weil sie bindend für alle Mitglieder der Vereinten Nationen ist. Und die Nato-Staaten entschieden, dass sie dazu am besten mit einem Nato-Einsatz beitragen konnten. Darum übernahmen wir die Verantwortung, die Zivilbevölkerung zu schützen.

Heißt das im Umkehrschluss: Wenn die Sicherheit und die Stabilität der Nato-Länder nicht in Gefahr sind, wird das Bündnis nicht eingreifen? Ist das der kleinste gemeinsame Nenner für einen Konsens innerhalb der Allianz?

Ja, das ist auch meine Schlussfolgerung. Jede Entscheidung der Nato, anderswo einzugreifen, muss die Sicherheit unserer Bevölkerung und unseres Territoriums im Visier haben.



Der Däne Anders Fogh Rasmussen ist seit August 2009 Generalsekretär der Nato

"In der Welt von heute beginnt die Verteidigung unseres Territoriums sehr oft jenseits unserer Grenzen"

Warum hat die Nato in Libyen eingegriffen, in Syrien aber nicht? Ist dort nicht auch die Stabilität der Nato-Staaten gefährdet? Es gibt einen wesentlichen Unterschied: In Libyen haben wir auf Basis eines klaren Mandats der Vereinten Nationen operiert, um die Zivilbevölkerung zu schützen. Davon abgesehen muss die Nato von Fall zu Fall prüfen, wie sie ihre Ziele auf die wirksamste Weise erreichen kann. Die Gesellschaften in den verschiedenen Ländern sind unterschiedlich. In Libyen hatten wir die aktive Unterstützung der Länder aus der Region. Das ist in Syrien nicht der Fall. Außerdem bildet die Opposition in Syrien keine Einheit, und es gibt keine Region, die bereits von der Opposition kontrolliert wird. Syrien ist eine sehr komplizierte Gesellschaft. Sie ist politisch, religiös und ethnisch viel breiter gefächert als Libyen. Ein Eingreifen wäre hier mit einem sehr viel höheren Risiko verbunden. Wir haben zwar durchaus eine Schutzverantwortung,

gleichzeitig sind wir aber auch verpflichtet, sie bestmöglich wahrzunehmen. Darum halte ich es für entscheidend, eine Lösung zu finden, die von der Region ausgeht. Deswegen ist es ganz wichtig, dass sich die Arabische Liga um eine Lösung bemüht.

Beim Libyen-Engagement der Nato haben Sie erklärt, dort ginge es auch um die strategischen Interessen Europas. Müsste die Nato demnach nicht auch aktiv werden. falls Israel vom Iran angegriffen würde? Ich sage es ganz deutlich: Wir haben keinerlei Absicht, im Iran einzugreifen, und ich bin davon überzeugt, dass die beste Lösung für den Iran eine politische und diplomatische sein wird. Ich hoffe, dass der internationale Druck die iranische Führung davon überzeugt, im Sinne der entsprechenden Resolutionen der Vereinten Nationen zu handeln. Letztendlich ist Ihre Frage aber sehr hypothetisch – Gott sei Dank.

Hat die Nato seit dem Kalten Krieg immer richtig entschieden in der Frage, wo sie eingreifen soll und wo nicht?

In der Tat. Nehmen Sie unsere große Operation in Afghanistan: Tatsache ist, dass dieser Einsatz seinen Ursprung in den Angriffen der Terroristen auf Amerika am 11. September 2001 hat. Einen Tag später, am 12. September, hat die Nato zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Bündnisfall nach Artikel 5 ausgerufen. Wir haben diesen Angriff als den Angriff auf uns alle betrachtet. Und es war vollkommen sicher, dass die Terroristen ihren sicheren Hafen in Afghanistan hatten. Darum sind wir heute in Afghanistan. Und im Kosovo operieren wir zurzeit auf Basis eines Mandats der Vereinten Nationen. Als die Nato in den neunziger Jahren im Kosovo aktiv wurde, war das ein wenig umstritten. Damals hatten wir kein klares Mandat der UN, aber wir vertraten den Standpunkt, dass die Operation vom internationalen Recht gedeckt war und im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen erfolgte. Ziel war es, einen Genozid zu verhindern, und seitdem sind wir der Garant von Stabilität und Frieden im Balkan.

Von Frieden und Stabilität scheint Afghanistan noch weit entfernt zu sein. Gleichwohl will die Nato das Land im Jahr 2014 ganz der Verantwortung seiner Bevölkerung übergeben.

"Hin und wieder kommt es vor, dass die Russen und wir unterschiedlicher Meinung sind"

Ja, die Afghanen werden 2014 die volle Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übernehmen, aber sie werden dabei Hilfe brauchen, und wir werden weiterhin die afghanischen Sicherheitskräfte trainieren und ausbilden und ihnen zur Seite stehen.

Welche Länder werden dazu beitragen?



Das ist noch nicht entschieden, wird aber Thema auf dem kommenden Nato-Gipfel in Chicago sein. Fest steht, dass es eine Mission unter der Führung der Nato sein wird.

Worin sehen Sie heute die größten Herausforderungen für die Nato?

Eine große Herausforderung besteht darin, unsere Streitkräfte zu modernisieren und so umzugestalten, dass sie in der Lage sein werden, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupacken.

Was muss innerhalb der Streitkräfte verbessert werden?

Wir brauchen mehr mobile und flexible Streitkräfte, vermutlich weniger Kasernen. Mehr Streitkräfte sind notwendig, die bei internationalen Militäroperationen eingesetzt werden können. Auch die Kommandostruktur muss sich ändern. Sie muss straffer und effektiver werden. Darum haben wir entschieden, die Zahl der Posten innerhalb des Militärs um 30 Prozent zu verringern und die Hauptquartiere von 11 auf 7 zu reduzieren. Auch brauchen wir eine moderne Verteidigung, die unsere Gesellschaften vor Cyberangriffen schützen kann. Darum hat die Nato ein sogenanntes Cyber Incident Response Centre ins Leben gerufen, um ihre Netzwerke gegen Cyberangriffe zu schützen, und ich gehe davon aus, dass es in diesem Jahr vollständig einsatzfähig sein wird.

Sind die Nato-Streitkräfte überhaupt in der Lage, gegen die heutigen Bedrohungen zu kämpfen? Soldaten aus 28 Ländern müssen koordiniert werden und benötigen obendrein den Rückhalt

ihrer Parlamente. Offenbart dies nicht die Schwäche der Nato?

Nein. Die Demokratie ist die Stärke der Nato. Und das Leben hat gezeigt, dass die Nato stark ist. Heute ist das Bündnis auf drei Kontinenten aktiv: in Afghanistan und dem Kosovo, im Kampf gegen die Piraterie vor Somalia und im Kampf gegen den Terrorismus im Mittelmeer. Und im vergangenen Jahr haben wir eine sehr erfolgreiche Operation in Libyen geleitet. Niemals in ihrer gesamten Geschichte war die Nato so beschäftigt wie heute. Und natürlich werden wir auch in Zukunft Diskussionen darüber in den verschiedenen Parlamenten erleben.

... von Ländern, deren Bürger den Krieg nur aus dem Fernsehen kennen.

Ja, es ist aber die Stärke eines Bündnisses von freien Gesellschaften, von Demokratien, dass wir heute eine freie und offene Debatte haben. Denn der Krieg ist eine ernste Angelegenheit, und darum ist es richtig, dass wir ihn immer wieder in den Parlamenten diskutieren. Worauf es ankommt, ist, dass wir zu einem Konsens kommen und schließlich zu einer Entscheidung, und dass alle Länder sich flexibel genug verhalten, damit die Allianz operieren kann. Nehmen wir Libyen als Beispiel. Nicht alle Verbündeten der Nato haben aktiv zu diesem Einsatz beigetragen...

... Deutschland hat sich bei der Abstimmung darüber enthalten ...

... aber alle haben akzeptiert, dass die Nato die Verantwortung übernahm. Das ist ein Beweis für die Stärke und die Solidarität unseres Bündnisses.

Sie sagen, alle müssten schließlich zu einer Entscheidung kommen. Ist es aber nicht im Krieg oft so, dass man nicht ewig diskutieren kann, sondern schnell entscheiden muss?

Ich verstehe Ihre Kritik, aber lassen Sie mich ein Beispiel nennen, um zu beweisen, wie viel schneller heute schon entschieden wird als noch vor ein paar Jahren. Als die Nato in den neunziger Jahren entschied, im Kosovo aktiv zu werden, brauchte sie ungefähr ein Jahr. Um sich für den Einsatz in Libyen zu entscheiden, brauchte sie sechs Tage. Und wir waren rechtzeitig da. Wir haben ein Massaker verhindert und konnten die Operation erfolgreich beenden. Das zeigt: Wir sind moderner geworden. Die Nato agiert bereits flexibler. Wir können mehr tun, aber es ist uns bereits gelungen, aus einer Organisation des Kalten Krieges eine zeitgemäße Organisation zu machen.

Bei dem Nato-Gipfel vor zwei Jahren in Lissabon hatte das Bündnis beschlossen. Russland bei den Plänen für einen

Raketenabwehrschild einzubeziehen. Warum ist das nicht gelungen?

Hin und wieder kommt es vor, dass die Russen und wir unterschiedlicher Meinung sind. Wir haben entschieden, einen Raketenabwehrschild zu entwickeln, gegen eine ernsthafte Bedrohung, und wir werden das System in den nächsten Jahren weiter ausbauen. Wir haben den Russen die Zusammenarbeit angeboten, weil wir der Ansicht sind, dass wir es mit der gleichen Art von Bedrohungen zu tun haben. Es wäre sehr viel effizienter, wenn das russische Verteidigungssystem und das System der Nato kooperierten. Aber die Russen befürchten, dass unser System sich gegen sie richtet. Das ist nicht so. Wir haben nicht vor, die Russen zu überfallen, und wir haben auch keine politischen Absichten mehr, die sich gegen die Russen richten. Wir haben den Russen zum Beispiel zwei gemeinsame Zentren vorgeschlagen, in denen ihre Leute und Nato-Mitarbeiter zusammenarbeiten würden. Dort könnten wir Informationen über die Raketenabwehr austauschen. und die Russen würden mit eigenen Augen sehen: Nichts ist gegen sie gerichtet.

Folgt man Ihrer Logik, wäre das Blockdenken nur auf russischer Seite zu finden, aufseiten der Nato aber nicht?

Um ehrlich zu sein: Sie finden Skeptiker auf beiden Seiten. Aber es bleibt eine Tatsache, dass wir bei unserem Treffen in Lissabon eine echte strategische Partnerschaft vereinbart haben.

Aber sie scheint sich nicht zu entwickeln.

Doch, unsere Partnerschaft entwickelt sich. Der Raketenabwehrschild ist ein Feld, bei dem wir noch nicht zu einem Ergebnis gekommen sind. Daran werden wir arbeiten. Aber auf anderen Gebieten haben wir Fortschritte erzielt – etwa im Kampf gegen Piraterie. Und wir haben unsere Kooperation in Afghanistan weiterentwickelt – im Kampf gegen Drogen und gegen den Terrorismus. •

Das Gespräch führte Vanessa de l'Or